

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Abonnement
viertelj. 1 M. 50 Pf. einschließlich
des „Illustr. Unterhaltungsbl.“
u. der Humor. Beilage „Seifen-
blasen“ in der Expedition, bei
unseren Boten sowie bei allen
Reichspostanstalten.
Telegr.-Adresse: Amtsblatt.

Erscheinung
täglich abends mit Ausnahme der
Sonn- und Feiertage für den fol-
genden Tag. Insertionspreis:
die kleinspaltige Zeile 12 Pf. Im
amtlichen Teile die gespaltene
Zeile 30 Pf.
Fernsprecher Nr. 210.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.
57. Jahrgang.

N 19.

Dienstag, den 25. Januar

1910.

Im Güterrechts-Register ist heute auf Blatt 30 eingetragen worden, daß zwischen dem
Handelsmann **Hermann Paul Schützer** und seiner Ehefrau **Ella Fanny Schützer**
geb. **Dämmler**, beide in **Sosa**, durch Vertrag vom 15. Januar 1910 die Verwaltung und
Nutznießung am Vermögen der Ehefrau ausgeschlossen ist.
Eibenstock, den 22. Januar 1910.

Königliches Amtsgericht.

Das Verbot

des **Aufhaltens, Schlittschuh- und Schneeschuhlaufens** auf städtischen Straßen
wird hiermit in Erinnerung gebracht.

Stadtrat Eibenstock, den 24. Januar 1910.
Hesse.

Mittwoch, den 26. Januar 1910,
von vormittags 10 Uhr an

sollen zu **Schönheide** folgende Sachen, nämlich:

**13 Stühle, 2 Tische, 2 Kleiderschränke, 1 Vertiko, 1 Pfeiler Spiegel
mit Consol, 1 Sofa, 1 Sesseltisch, 5 Billardstühle, 1 zweiflügeliges Ge-
wehr, 1 Fahrrad, 1 Küchentisch, 2250 Stück Zigarren, 8 Faß Lager-
bier, 1 Fötelisch, ein großer Kasten Wein in Flaschen und Fässern, 3 Faß
Cognac, 6 Faß Branntwein u. a. m.**

an den Meistbietenden gegen sofortige Barzahlung versteigert werden.

Versteigerungsort: **Sahrischer Hof.**
Eibenstock, den 24. Januar 1910.

Der Gerichtsvollzieher des Königlichen Amtsgerichts.

Anher erstatteter Anzeige nach sind die **Einlagebücher Nr. 8068, 8245 und
8246 hiesiger Sparkasse**, auf **Alwin Lenk** und **Paul Lenk** lautend, bei einem
Schadenfeuer mit **verbrannt**.

Zufolge Antrags genannter Personen werden die etwaigen Inhaber dieser Bücher auf-
gefordert, ihre Ansprüche zur Vermeidung deren Verlustes unter Vorlegung der Bücher **bis
zum 25. April 1910** bei der hiesigen Sparkassenverwaltung anzumelden.
Schönheide, am 18. Januar 1910.

Der Gemeinderat.

Unverantwortliche Quertreiberei.

Herr Dernburg ist augenblicklich der Mann des Tages, soweit die Kommissionsverhandlungen in Frage kommen. Die Beratung des Kolonialrats in voriger Woche hat zu einer glänzenden Vertrauensumgebung geführt, der sich selbst die Sozialdemokraten angeschlossen haben. Wohlhab hatte man versucht, den Staatssekretär, mit dessen Politik man nicht einverstanden war, ein Bein zu stellen, mit dem Erfolge, daß man Herrn Dernburg zu einem glänzenden Triumphe verholfen hat. Es ist ja zur Genüge bekannt, daß der jetzige Staatssekretär des Reichskolonialamtes einigen Grüppchen ein Dorn im Auge ist, die es noch immer nicht verwinden können, daß ein Kaufmann, der niemals eine amtliche Stellung bekleidet hat, an die Spitze dieses wichtigen Amtes getreten ist und nun haben sich einige Unzufriedene hinzugesellt, welche sich in ihren Kolonialinteressen geschädigt glauben. Schon seit Monaten konnte man eine, wenn auch oft recht geschickt verborgene Miinertätigkeit gegen die Stellung Dernburgs beobachten, alle Augenblicke wurden kleine Pfeile abgefeuert, um dem verhassten Mann das Leben schwer zu machen. Herr Dernburg hat aber einen ziemlich breiten Rücken und es kommt ihm zugute, daß er die Dinge nicht lebhaftig aus den Äugen verliert, sondern aus seinen Reisen in die Kolonien an Ort und Stelle manche Erfahrung gesammelt hat, die ihm jetzt bei der Verteidigung seiner Politik trefflich zu statten kommt. Dies gilt in Sonderheit von den Dingen in Südwestafrika, wo sich seit der Zeit der Diamantfunde vielfach Stimmen des Mißtrauens geregt haben, natürlich von solchen Leuten, die sich durch die Maßnahmen der Kolonialverwaltung geschädigt glaubten. Gewiß ist es jedem unbenommen, an den Maßnahmen der Verwaltung Kritik zu üben, und es kann zum Teil auch nicht schaden, daß diese scharf gehalten ist. Immerhin aber muß man in den Grenzen des Zulässigen bleiben und dabei nicht über die Schürze haften, wie dies jetzt in der Eingabe der Lüdenhuchter, an der Spitze deren Bürgermeister, geschehen ist. Der Ton, der in dieser drastischen Eingabe angeschlagen ist, ist glücklicherweise bei uns noch nicht denkbar, er erinnert etwas an hinterweltliche Sitten. Nicht genug damit, daß man diese Eingabe dem Kolonialamt zugesandt hat, man hat sie auch mehreren Blättern zugestellt, welche willig ihre Spalten den Angriffen auf Dernburgs Kolonialpolitik geöffnet halten. Hier war man aber so schlau, die Kraftstellen zu unterdrücken, freilich wohl schwerlich wegen Herrn Dernburg, sondern wohl mehr, um sich nicht selber eine Verleumdungsklage auf den Hals zu laden. Nachdem nunmehr aber die Angelegenheit in der Kommission zur Sprache gelangt ist und dort zu einer einstimmigen Vertrauensumgebung für den Staatssekretär geführt hat, braucht man nicht mehr anzusehen, diese Ausgeburt mißvergünstigter Stimmung zu veröffentlichen und man muß trauern, daß ein Bürgermeister ein derartiges Pamphlet mit seiner Unterschrift deckt. Man sollte es nicht glauben, daß man einem Beamten Begünstigungspolitik und sogar „an Erpressung grenzende Rötigungen kleinerer Gesellschaften“ vorwirft. Weiter spricht man von freier Entscheidung des Staatssekretärs geschäftlich Begünstigung der Kolonialgeschäfte, und was dergleichen mehr ist. Ein derartiger Schimpfston fällt auf die Abseher zurück und spricht nicht gerade für die Lautenheit deren Absichten. Eine Verstimmung ist bei Leuten, die sich in ihren Interes-

sen zurückgesetzt fühlen, begreiflich, nimmer aber darf sie zu einem derartig unerhörten Vorgehen führen und sie wird hoffentlich in unserer Kolonialgeschichte vereinzelte bleiben. Wie aber oft der Geist, der das Böse will, das Gute schätzt, so hat er Gelegenheit gegeben zu zeigen, wie man jetzt auf dem Gebiete der Kolonialpolitik Deutschlands auf der rechten Bahn ist.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

— Fürstlicher Besuch zu Kaisergeburtstag. Nach der „Nordd. Allg. Ztg.“ werden, soweit bis jetzt bekannt, zum Geburtstage des Kaisers am 27. Januar in Berlin anwesend sein: der König von Sachsen, der König von Württemberg, der Großherzog und die Großherzogin von Baden, der Großherzog und die Großherzogin von Hessen und bei Rhein, der Großherzog und die Großherzogin von Sachsen, der Großherzog von Westfalen, Prinzessin von Rumänien, Prinz Johann Georg von Sachsen, Herzog und Herzogin von Sachsen-Koburg und Gotha, Herzog von Sachsen-Altenburg, Herzog und Herzogin von Anhalt, Landgraf Chlodwig von Hessen-Rhodescheld, Fürst von Hohenzollern und Prinzessin Auguste Viktoria von Hohenzollern, Prinz und Prinzessin Friedrich Karl von Hessen, Fürst zu Waldeck und Pyrmont, der Erbprinz zu Schaumburg-Lippe in Vertretung des Fürsten zu Schaumburg-Lippe, Prinz und Prinzessin Adolf zu Schaumburg-Lippe.

— Staatssekretär v. Dernburg. Die Mitteilung, dem Staatssekretär Dernburg würde schon in nächster Zeit der Adel verliehen werden, klingt unter der Voraussetzung, daß dem ehemaligen Bankdirektor an der Mobilität gelegen ist, nicht unwahrscheinlich. Die Kolonialpolitik des Herrn Dernburg hat so durchschlagende Erfolge erzielt, daß ihm, von einigen sozialdemokratischen Abgeordneten abgesehen, einhellige Anerkennung zuteil wird. Auch seitens der deutschen Ansiedler in den Kolonien wird dem Staatssekretär Lob gesendet, wie denn auch der Angrißdepesche des Bürgermeisters von Lüdenhuchter ein von mehreren Bürgern des Ortes unterzeichnetes Anerkennungs schreiben an den Staatssekretär gefolgt ist.

— Der Kampf zwischen Kirche und Regierung in den Reichsländern ist nicht ganz beigelegt. Das Organ des Straßburger Bischofs Dr. Frigon schreibt nämlich: In der Sache ist der Konflikt keineswegs beigelegt, die Gegensätze der grundsätzlichen Beurteilung des Falles bestehen vielmehr fort. Es kann nur eine Frage der Zeit sein, bis sie wieder in einem neuen Konflikt auf einander prallen. Auf Grundlage der vom Statthalter vertretenen Anschauung ist eine Verständigung nicht möglich. Friede kann nur eintreten, wenn in Zukunft ähnliche Eingriffe in die Kirchengewalt seitens der Staatsregierung nicht geschehen. — Der Allgemeine deutsche Lehrerverein wies einige von Bischof Frigon gegen ihn erhobene Angriffe als unbegründet zurück. Angriffe gegen die katholische Kirche als Religionsgemeinschaft hat sich der Verein nie zuschulden kommen lassen, die Forderung religionslosen Moral-Unterrichts niemals erhoben. An katholische Lehrer hat der Verein endlich nie das Verlangen gestellt, sich von ihrer Kirche abzuwenden.

— Neuregelung der Rechtsanwaltsgebühren. Im Reichsjustizamt wird zurzeit Material für die geplante Neuregelung der Gebühren der Rechtsanwälte gesammelt. Es ist zunächst, schreibt die „Neue politische Correspondenz“, an die Vorstände der Anwaltskammer ein bestimmtes Fragematerial versendet worden, da an maßgebender Stelle durchaus anerkannt wird, daß bei der Neuordnung unserer gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse auch an

eine Erhöhung der Gebühren der Rechtsanwaltschaft gedacht werden muß.

— Die Einfärbung der Futtergerste wird in Zukunft nicht mehr durch 2, sondern nur noch durch 1% Goshin stattfinden. Die amtlichen Prüfungen haben zwar zu dem Ergebnis geführt, daß auch Mägen und Engeweide von Schweinen, die mit 2 prozentiger Goshingerste gefüttert waren, keine rötliche Färbung aufwiesen. Da aber von anderer Seite das Gegenteil behauptet wurde, traf das Reichsschatzamt die erwähnte Anordnung.

Oesterreich-Ungarn.

— Das ungarische Kabinett Rhenus-Hedervary, das sich am heutigen Montag dem Parlament vorstellt, wird einen üblen Empfang finden. Die beiden maßgebenden Parteien beschloßen, ihm gleich in der ersten Sitzung das vollste Mißtrauen auszusprechen.

Rußland.

— Petersburg, 22. Januar. Das Kriegsgericht hat heute abend gegen Woskressenski alias Petroff, der für schuldig befunden wurde, den Chef der politischen Polizei, Oberst Karpow, ermordet zu haben, zum Tode durch den Strang verurteilt.

England.

— Die Wahlen haben den Konservativen bis zum Schluß der vergangenen Woche fortgesetzt ganz unerwartete Gewinne gebracht, so daß auch die Optimisten unter den Liberalen nicht mehr zu behaupten wagten, daß diese für sich die Mehrheit im Unterhause weiterhin bilden könnten. Es scheint, wenn der Rest des Wahls nicht noch ganz ausfallende Ueberratchungen bringt, dabei bleiben zu sollen, daß die Partei der Iren das Ausschlag gebende Gewicht erhält. Der alte Joe Chamberlain, der gleich am ersten Wahltage sein Mandat erhielt, will seinen Platz im Unterhause nur dann einnehmen, wenn die konservative Partei die Mehrheit erhält. Geschieht das, so wird Balfour, dessen jüngste deutsch-feindliche Rede noch in frischer Erinnerung ist, Premierminister. Allerdings wird für diesen Fall eine baldige Wiederauflösung des Parlaments vorausgesetzt.

— London, 23. Januar. Bis gestern abend waren insgesamt 218 Unionisten, 186 Liberale, 32 Arbeiterpartei und 67 Nationalisten gewählt. Gestern wurden 33 Unionisten, 26 Liberale, 3 Vertreter der Arbeiterpartei und ein Nationalist gewählt. Bisher sind 503 Sitze besetzt; es stehen noch 137 Sitze aus.

Amerika.

— Eine neue Verschwörung in Nicaragua? Wie aus Managua gemeldet wird, hat Madrid die Verhaftung aller Führer der Konservativen dort und in Granada angeordnet. Als Grund für diese Maßnahme wird die Entdeckung einer weitverbreiteten Verschwörung gegen seine Regierung angegeben.

Asien.

— Die Ablehnung des amerikanischen Vorschlages wegen Neutralisierung der Mandchurien-Eisenbahn durch Rußland und Japan war zu erwarten, sie hat aber zweifelsohne zu einer weiteren Verminderung des amerikanischen Einflusses im fernen Osten geführt. In Japan besteht eine große Bereitschaft gegen die nordamerikanische Union, die wahrscheinlich das Gegenteil von dem erreichen wird, was sie bezweckt. Aller Voraussicht nach werden sich Rußland und Japan jetzt enger zusammenschließen, um gemeinsam ihre Interessen in Ostasien zu wahren.

Lokale und sächsische Nachrichten.

— Eibenstock, 24. Januar. Vergangenen Sonnabend, den 22. Jan., hielt die Freiwillige Turnerfeuerwehr ihre Hauptversammlung in den Räu-